

Überleben in finsterner Zeit



Am 10. April 1933 hisst die SA die Hakenkreuzfahne auf dem Freiburger Rathaus

Die zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft von 1933–1945 brachten der Freiburger Gewerbebank die längste und tiefste Krise ihrer Geschichte: Am Anfang stand der größte Einbruch an Liquidität, den die Bank je erlebt hatte, am Ende die teilweise Zerstörung des Bankgebäudes und der Tod des Direktors Carl Hoffmann beim Bombenangriff am 27. November 1944. Hinzu kamen die für eine Bank in dieser Zeit unvermeidbaren Verstrickungen in das Unrechtssystem des „Dritten Reiches“.

Reibungslos und ohne nennenswerten Widerstand vollzog sich die Machtergreifung in Freiburg, wie fast überall. Am 30. Januar 1933 hatte Reichspräsident Hindenburg NSDAP-Führer Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Am 27. Februar nutzten die Nazis den Brand des Reichstages, um mit der „Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat“ die Grundrechte der Weimarer Verfassung auszuhebeln. Schon am 10. April riss der „Schriftleiter“ – so hießen damals Chefredakteure – des Freiburger NSDAP-Kampfblattes „Der Alemanne“, Franz Kerber, das Amt des Oberbürgermeisters kommissarisch an sich, am 19. Mai ließ er sich formell bestätigen. Nach nur drei Monaten war die demokratische Selbstverwaltung der Stadt durch das „Führerprinzip“ ersetzt: Anstelle des gewählten Gemeinderats amtierte ein von der NSDAP-Kreisleitung ernannter willfähriger Bürgerausschuss.

Nationalsozialismus und Mittelstand

Schon lange vor der „Machtergreifung“ hatte die NSDAP Handwerker, Händler und Gewerbetreibende umworben. Das NSDAP-Parteiprogramm propagierte die „Kommunalisierung“ der Großwarenhäuser und zugleich „schärfere Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferungen an den Staat, die Länder und Gemeinden“. Während der Weltwirtschaftskrise schwang sich die NSDAP zum Anwalt der „kleinen Leute“ auf. Die demagogische Saat ging auf und schon bald konnte die NSDAP einen starken Zustrom neuer Wähler aus diesen Bevölkerungsschichten für sich verbuchen.

Um das bedrohte Kleinbürgertum enger an sich zu binden, hatte Hitler im Dezember 1932 den „Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand“ gegründet und dem Hitler-Jugend-(HJ)-Führer Adrian von Renteln unterstellt. Er sollte die deutschen Mittelständler zu Nationalsozialisten erziehen. Der

Kampfbund griff die Kaufhäuser jüdischer Besitzer und die „roten“ Konsumgenossenschaften an. Nicht nur mit Propaganda, sondern auch mit brutaler Gewalt. Schaufensterscheiben und Ladeneinrichtungen wurden zerstört, Verkaufspersonal bedroht. Mit Hilfe des Kampfbunds ließ sich Adrian von Renteln im Juni 1933 zum alleinigen Präsidenten des Industrie- und Handelstages wählen. Bereits im Mai war unter seinem Einfluss ein „Reichsstand des deutschen Handwerks“ und ein „Reichsstand des deutschen Handels“ gegründet worden.

Im Mai 1933 wurden die im Umfeld der SA entstandenen „Kampfbünde“ wie etwa der Kampfbund für deutsche Kultur wieder aufgelöst, weil nun die „Kampfzeit“ vorbei sei. Nur der Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand bestand weiterhin. Doch sein Name erschien nicht mehr zeitgemäß, er wurde daher in „National-

sozialistische Handwerks- und Gewerbe-Handelsorganisation“ (NS-Hago) umbenannt. Im August 1933 wurde die Hago auf Anordnung Hitlers in die Deutsche Arbeitsfront (DAF) eingegliedert.

Im gleichgeschalteten NS-Staat sollte das „Führerprinzip“ von der Spitze einer Pyramide bis zur kleinsten gesellschaftlichen Einheit an der Basis verwirklicht werden. So wie die „Volksgemeinschaft“ insgesamt dem Führer Adolf Hitler direkt unterstellt war, sollte jede Teilgemeinschaft durch Befehl und Gehorsam geführt werden. Dazu wurde auf die feudale Ständeordnung zurückgegriffen: Nicht nur im Handel und im Gewerbe, auch in der Landwirtschaft („Reichsnährstand“). In der Industrie waren die Unternehmer „Wirtschaftsführer“ in ihren „Betriebsgemeinschaften“, die Arbeitnehmer wurden in der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) zwangsvereinigt.

In ihrem Kampf gegen „das Judentum“ verlor das Nazi-regime keine Zeit. Schon am 1. April 1933 wurde unter der Parole „Kauft nicht bei Juden!“ ein Boykott jüdischer Geschäfte, Handwerker, Ärzte und Anwälte ausgerufen. In Freiburg waren gut 250 Läden, Betriebe und Praxen betroffen. Ab 10 Uhr verwehrten SA-Männer Kunden den Zutritt zu jüdischen Geschäften. Das NS-Blatt „Der Alemanne“ hatte zuvor Namenlisten jüdischer Einzelhändler veröffentlicht und einzelne Geschäftsleute durch Hetzartikel zusätzlich diffamiert, indem ihnen unlauteres Geschäftsgebaren oder gar „Schürzenjägerei“ nachgesagt wurde. Auch wenn zynischerweise behauptet wurde, bei der Boykottaktion sei „keinem Juden auch nur ein Haar gekrümmt“ worden, waren die Folgen verheerend. Viele Kunden, die sich in der Anfangszeit noch mutig gegen die antisemitische Hetze gestemmt hatten, mieden künftig aus Angst jüdische Geschäfte, und dort gingen schnell die Umsätze zurück.



Am 1. April 1933 marschierte die SA vor den jüdischen Geschäften auf, um Inhaber und Kunden einzuschüchtern. Auch das Kaufhaus Knopf mit Häusern in Freiburg und Lörrach war betroffen. Die Aufnahme zeigt den „Boykott“ der Nazis vor dem Kaufhaus Knopf in Lörrach, Adolf-Hitler-Straße (heute Basler Straße) 152



„Komfort“ für Kleinwohnungen und Siedlungen; Werbeblatt des Freiburger Sanitärfachgeschäfts Hoffmann von 1937

Die Freiburger Gewerbebank nach der Machtergreifung

Bei der Freiburger Gewerbebank selbst gab es keine Mitarbeiter jüdischen Glaubens. Doch unter ihren Mitgliedern waren viele jüdische Handwerker und Gewerbetreibende, die unter zunehmender Verfolgung zu leiden hatten. Auch die Genossenschaften kamen unter Druck. Der Deutsche Genossenschaftsverband – gleichgeschaltet wie andere Verbände auch – nahm einen Paragraphen in die Mustersatzung auf, der den Ausschluss der „nichtarischen“ Mitglieder nahelegte. Dieser diskriminierende Passus wurde nicht überall in die Satzungen übernommen, auch in Freiburg nicht.

Dennoch war die Freiburger Gewerbebank vom Boykott jüdischer Betriebe und Geschäfte insofern berührt, da eine ganze Reihe ihrer Geschäftspartner und Mitglieder betroffen war. Die Gewerbebank war zum Beispiel „die Bank der Metzger“. Für sie und die Viehhändler war 1934 eigens eine Zahlstelle im Freiburger Schlachthof gegründet worden. Jüdische Viehhändler wurden zur bevorzugten Zielscheibe nationalsozialistischer Hetze.



Eigener Herd ist Goldes Wert – Werbeblatt des Freiburger Haushaltsgeräthändlers Disch von 1935

